

Mail vom 25.10.2012

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bersch,
sehr geehrte Ortsvorsteher,

der jüngste Wahlauf Ruf der SPD angehörigen bzw. nahestehenden Ortsvorsteher, der per Postwurfsendung alle Haushalte in Boppard erreicht hat, zeigt, auf welchem Tiefpunkt die politische Kultur in Boppard angekommen ist und macht mich sehr betroffen.

Anstatt die vom Gesetzgeber auferlegte Neutralität zu wahren, sehen sich die Herren Martin Strömman, Peter Gipp, Jürgen Poersch, Reinhold Petereit, Wilfried Schäfer, Werner Karbach und Herbert Schaefer berufen, in rechtswidriger Weise aktive Wahlkampfhilfe für den Bürgermeister zu leisten, was sich mit ihrem Status als Ehrenbeamte nicht vereinbaren lässt. Den Wählerinnen und Wählern wird eine völlig falsche Realität vermittelt. Das Innenministerium Rheinland-Pfalz weist in seinem Schreiben vom 15.04.2009 mit dem Hinweis auf die Artikel 38 Abs. 1 Satz 1 sowie Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz ausdrücklich darauf hin, dass nach dem verfassungsrechtlichen Prinzip der freien Wahl jeder Wähler in einem freien und offenen Prozess der Meinungsbildung ohne jede unzulässige Beeinflussung von staatlicher oder kommunaler Seite zu seiner Wahlentscheidung finden kann. Deshalb dürfen auch kommunale Ehrenbeamte in amtlicher Eigenschaft keine Wahlempfehlung aussprechen (siehe beiliegenden Auszug aus der Gemeindeverwaltung Rheinland-Pfalz 15/2009).

Dies haben aber die v.g. Ortsvorsteher in unverantwortlicher Art praktiziert.

Nach meiner Auffassung ist dieser Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der damit einhergehende Amtsmissbrauch von solcher Tragweite, dass in aller Ernsthaftigkeit die Frage gestellt werden muss, ob die Bürgermeisterwahl überhaupt am 04.11.2012 stattfinden kann.

Sehr geehrter Heinz Bengart,

als Wahlleiter bitte ich Sie, die Konsequenzen dieses Rechtsverstoßes zu prüfen.

Ich beabsichtige, auch die Kommunalaufsicht des Rhein-Hunsrück-Kreises und das Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz einzuschalten mit der Bitte um eine rechtliche Würdigung dieses bisher in der Stadt Boppard einmaligen Vorgangs.

Im Sinne einer ausgewogenen Berichterstattung würde ich mir wünschen, wenn die Presse das Thema aufgreifen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Schneider
Stadtratsmitglied

Anlage:
Hinweis auf Schreiben des
Innenministeriums